



Pressemitteilung

Hamburger geben Bildungssystem schlechte Note – Befragte wollen Strukturwandel im Bildungssystem

4.100 Teilnehmer aus Hamburg bei der bislang größten Bildungsumfrage – Starke Kritik am Bildungsföderalismus – Mehrheit für Ganztagschulen, Ausbildungsgarantie und höhere Steuern für die Bildung

Gütersloh/ München, Juli 2011 – Die Hamburger Teilnehmer der bislang größten Bildungsumfrage in der Bundesrepublik sind unzufrieden mit dem deutschen Bildungswesen und wünschen sich tiefgreifende Veränderungen. Fast drei Viertel von ihnen sind bereit, für ein besseres Bildungssystem höhere Steuern zu zahlen. Das geht aus der regionalen Auswertung der Bürgerbefragung „Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen“ hervor, die jetzt vorliegt. Fast eine halbe Million Menschen hatte im März bei der deutschlandweiten Online-Umfrage mitgemacht, die von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der Bertelsmann Stiftung sowie den Tageszeitungen BILD und Hürriyet initiiert worden war. 130.000 von ihnen füllten den umfangreichen Fragebogen komplett aus, rund 4.100 von ihnen kommen aus Hamburg.

Kritik entzündet sich unter den Befragten aus Hamburg ähnlich wie in den deutschlandweiten Umfrageergebnissen vor allem am Bildungsföderalismus. Die Hamburger Teilnehmer sprechen sich mehrheitlich für die Ganztagschule als bevorzugtes Schulmodell und für eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz aus. Beim längeren gemeinsamen Lernen sind die Hamburger zurückhaltender, bei der Inklusion von Kindern mit Förderbedarf offener als der bundesweite Durchschnitt der Befragten. Kita- und Schulbesuch sollten nach Einschätzung der Hamburger kostenfrei sein, eine knappe Mehrheit ist für Studiengebühren.

Die Hamburger Umfrage-Ergebnisse im Überblick:

Wie in Deutschland insgesamt ist auch in Hamburg die Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem sehr groß. Die Umfrageteilnehmer aus Hamburg – vor allem Menschen mit hohem Bildungsabschluss und starkem Interesse an Bildungsthemen – gaben dem Bildungssystem im Schnitt die Note 3,7 – das entspricht dem Ergebnis auf nationaler Ebene.

Mehr Einheitlichkeit im deutschen Bildungswesen

Den Föderalismus im Bildungswesen sehen die meisten Befragungsteilnehmer aus Hamburg kritisch: Nur gut 17 Prozent glauben, dass die Konkurrenz zwischen den Bundesländern für eine höhere Qualität im Bildungswesen sorgt. Neun von zehn Befragten fordern einheitliche Abschlussprüfungen in allen Bundesländern.

Strukturwandel nötig: große Mehrheiten für Ganztagschulen und Ausbildungsplatzgarantie, knappe Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen

Wie in Deutschland insgesamt ist auch unter den Hamburger Befragten die Ganztagschule das bevorzugte Schulmodell: Rund 37 Prozent wünschen sich die freiwillige Ganztagschule, gut 46 Prozent die verbindliche Ganztagschule.

Für die Beibehaltung der Halbtagschule votierten in Hamburg nur gut 16 Prozent und damit fast drei Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt. Nur rund ein Fünftel der Teilnehmer aus Hamburg – und damit fast vier Prozentpunkte weniger als im bundesdeutschen Schnitt – sind zudem davon überzeugt, dass ein Hauptschulabschluss ausreicht, um in der Gesellschaft zurechtzukommen. Knapp zwei Drittel der Hamburger Teilnehmer fordern eine Ausbildungsgarantie.

Die Befragten aus Hamburg unterscheiden sich deutlich vom bundesweiten Durchschnitt, wenn es um die Dauer des gemeinsamen Lernens geht. Rund 44 Prozent befürworten den Wechsel der Schüler auf weiterführende Schulen nach der vierten Klasse, gut 36 Prozent wünschen sich dies nach der sechsten Klasse, rund 19 Prozent treten für ein gemeinsames Lernen bis zum Ende der Sekundarstufe I ein. Auf nationaler Ebene plädierten gut zwei Drittel aller Teilnehmer für einen zeitlich späteren schulischen Wechsel auf die weiterführende Schule, nur rund ein Drittel sprach sich für eine Aufteilung der Schüler nach Klasse vier aus.

Weniger Skepsis gegenüber umfassender Inklusion

Große Zustimmung findet unter den Befragten in Hamburg das gemeinsame Lernen von körperlich behinderten und nicht behinderten Kindern. Neun von zehn Befragten sprachen sich dafür aus. Bei der Inklusion geistig behinderter und verhaltensauffälliger Kinder ist die Zurückhaltung in Hamburg weniger ausgeprägt als unter den Befragten in ganz Deutschland: Fast ein Drittel der Hamburger Teilnehmer befürwortete das gemeinsame Lernen mit geistig behinderten Kinder, bundesweit waren es nur knapp 26 Prozent. Hamburg ist zudem eines der wenigen Länder in der Befragung mit einer knappen Mehrheit (50,4 Prozent) für das gemeinsame Lernen mit verhaltensauffälligen Kindern.

Mehr Geld für gute Bildung

Fast drei Viertel der Befragten in Hamburg sind bereit, höhere Steuern für Bildung zu zahlen. Die Mehrheit der Umfrageteilnehmer aus Hamburg fordert kostenfreie Plätze in Krippen und Kindertagesstätten (rund 68 Prozent) sowie eine weiterhin kostenfreie Schulbildung (rund 88 Prozent). Studiengebühren werden hingegen von einer knappen Mehrheit (knapp 54 Prozent) akzeptiert, wobei sich der weitaus größte Teil davon für einkommensabhängige Gebühren ausspricht.

Mehrheit für bessere Ausstattung von Schulen in Problemvierteln

Mehr Fairness im Schulsystem durch eine gerechtere Mittelverteilung an die Schulen stößt unter den Hamburger Umfrageteilnehmern auf große Zustimmung. Fast 63 Prozent der Befragten in Hamburg sprach sich dafür aus, Schulen in Problemvierteln besser auszustatten als andere – das sind rund zehn Prozentpunkte mehr als bundesweit.

Unterschiedliche Reformbereitschaft bei Politikern, Lehrern und Eltern

Der Politik billigen die Befragten in Hamburg nur eine geringe Reformbereitschaft zu. Nur etwa 24 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Politiker hätten einen großen oder sehr großen Willen zu Veränderungen im Bildungswesen – das sind immerhin rund vier Prozentpunkte mehr als auf Bundesebene. Lehrer hingegen werden deutlich reformfreudiger eingeschätzt: Ihnen trauen rund 52 Prozent der befragten Hamburger und rund 56 Prozent der befragten Bundesbürger den Mut zu grundlegenden Veränderungen zu. Noch reformfreudiger sind nach Einschätzung der Hamburger die Eltern mit rund 72 Prozent: allerdings sind das rund 6 Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an das:

Projektbüro bildung2011.de
Mies-van-der Rohe-Straße 6
80807 München
Tel. +49 89 9230-9111
info@bildung2011.de
www.bildung2011.de

Informationen zur Umfrage:

Die große Bürgerbefragung "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" basiert auf dem Prinzip des Volksentscheides: Jeder konnte mitmachen. Die Umfrage ist nicht repräsentativ. Um möglichst alle Teile der Bevölkerung zu erreichen, gab es den Fragebogen in den Sprachen Deutsch, Türkisch und Russisch. Im Befragungszeitraum vom 14. Februar bis zum 9. März haben sich 480.000 Menschen beteiligt, von denen rund 130.000 den kompletten Fragebogen beantwortet haben. Rund 4.100 dieser Befragten kamen aus Hamburg. "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" ist somit nach der Teilnehmerzahl die größte Umfrage zum Thema Bildung, die es je in Deutschland gab. Die Teilnahme im Internet unter www.bildung2011.de war freiwillig und anonym. Die rund 30 Fragen befassten sich mit allen Facetten des Bildungssystems vom Kindergarten bis zur beruflichen Weiterbildung.

Das renommierte Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest war für die Durchführung der Bürgerbefragung verantwortlich. Der Fragebogen wurde von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit anerkannten Bildungsexperten erstellt. Anschließend wurde er von TNS Infratest in einem Vortest auf Aussagekraft, Verständlichkeit und Funktionsfähigkeit überprüft.

Initiiert und umgesetzt wurde die Umfrage "Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen" von der Strategieberatung Roland Berger Strategy Consultants, der gemeinnützigen Bertelsmann Stiftung, der BILD als Deutschlands größter Tageszeitung sowie der türkischsprachigen Zeitung Hürriyet. Als Partner im Onlinebereich unterstützten die Agentur Revolvermänner GmbH, die Portale WEB.DE und GMX sowie die VZ-Netzwerke die Initiatoren.

Informationen zu den Initiatoren:

Roland Berger Strategy Consultants ist die einzige der globalen Strategieberatungen mit europäischen Wurzeln und Werten. Sie engagiert sich deshalb in Pro-bono-Projekten für Unternehmen und den Staat und hat darüber hinaus die Bildungsumfrage initiiert. Dass Bildung die Basis einer funktionierenden Wirtschaft ist, hat der Gründer Roland Berger schon früh erkannt und die Roland Berger Stiftung ins Leben gerufen, die unter anderem ein Stipendienprogramm zur Förderung chancengerechter Bildung aufgelegt hat. Die Strategieberater sind verantwortlich für das Projekt- und Eventmanagement sowie die Prozesssteuerung der Initiative.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für das Gemeinwohl ein. Sie engagiert sich in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales, Gesundheit sowie internationale Verständigung und fördert das friedliche Miteinander der Kulturen. Durch ihr gesellschaftliches Engagement will sie alle Bürger ermutigen, sich ebenfalls für das Gemeinwohl zu engagieren. Die 1977 von Reinhard Mohn gegründete gemeinnützige Einrichtung hält die Mehrheit der Kapitalanteile der Bertelsmann AG. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet operativ und ist unabhängig vom Unternehmen sowie parteipolitisch neutral. Die Stiftung war federführend bei der Entwicklung des Fragebogens.

BILD ist mit täglich rund drei Millionen verkauften Exemplaren (IVW) Europas größte Tageszeitung. Tag für Tag erreicht BILD Millionen Leser aus allen Bildungsschichten, vom Hauptschüler bis zum Akademiker. Mit täglich mehr als 12 Millionen Lesern der Printausgabe (Media-Analyse) und weiteren fast 12 Millionen Online-Nutzern von BILD.de pro Monat (AGOF) ist BILD das einzige Medium in Deutschland, das derart hohe Reichweiten über alle Zielgruppen liefert. BILD berichtet in mehr als 30 Regional- und Lokalausgaben.

Hürriyet ist die größte türkischsprachige Tageszeitung in Europa. Ein bedeutender Teil der im Ausland lebenden Türken erhält durch diese Zeitung aktuelle Nachrichten und Informationen. Mit Berichten aus Wirtschaft, Politik, Sport und Kultur in der Muttersprache deckt Hürriyet sowohl den Informationsbedarf der ersten und der zweiten türkischen Generation in Deutschland als auch die Bedürfnisse der jungen Generation ab. Hürriyet vermittelt nicht nur Nachrichten aus der Heimat, sondern trägt erheblich zur Integration, zur Problemlösung und zur Wissensvermittlung an die Türken in den jeweiligen europäischen Ländern bei. Die Zeitung erscheint sieben Tage die Woche und hat auch eine Online-Ausgabe für die Leser in Europa: www.hurriyet.de.